

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Gäste auf dem Podium!

Ich begrüße Euch alle ganz herzlich im Namen des Arbeitskreis Wohnen zu unserer 3. Podiumsdiskussion:

„Wohnungspolitik ist Teil der Daseinsvorsorge!“

Und ich freue mich besonders, dass ihr so zahlreich heute hier seid.

Wohnen ist zunehmend zur Sozialen Frage in Berlin geworden.
2 ½ Jahre ist es her, dass die rot- rot- grüne Regierung an diesem Thema arbeitet. **Vieles haben sie sich vorgenommen.**

Und welches Bild zeigt sich uns heute?

- Es fehlen ganz viele Wohnungen für den kleinen und mittleren Geldbeutel.
- Die Mieten steigen wie noch nie in die Höhe.
- Berlin ist auf einem guten Weg zur teuersten Stadt in Deutschland zu werden.
- Die Anzahl der Berechtigten auf einen Wohnberechtigungsschein liegt bei rund 50% der Berlinerinnen und Berliner. Und dafür reichen die Angebote nicht aus.
- Einkommen und Mieten passen nicht zusammen.
- Die soziale Mischung geht den Bach runter.
- Die Gesetze wie Mietpreisbremse, Zweckentfremdungsverbot, Baukindergeld usw. sind zahnlose Tiger.

Es muss Schluss sein mit dem mietrechtlichen Flickenteppich!

Entsprechende Instrumente müssen zu Gunsten der Mieterinnen und Mieter flächendeckend und unbefristet eingeführt werden.

Mit Sorge schauen wir auf diese Entwicklung.

Wir sind auch selbst betroffen von Eigenbedarfskündigungen, von Luxusmodernisierungen, von Verdrängung, von stetigen Mieterhöhungen. Und es gibt nicht wenige, die dadurch in finanzielle Not geraten. Viele, viele die einen Anspruch auf Wohngeld haben beantragen es nicht. Aus Scham, aus Angst vor den Behörden, vor der Bürokratie und knapsen an den Lebensmittel, an Kleidung, am Fahrgeld. Das Gleichgewicht ist arg gestört und Besserung ist nicht in Sicht.

Liebe Gäste,

nicht wenige Probleme sind politikgemacht:

- Verkauf von Städtischen Wohnungen in den zurückliegenden Jahren
- Vorschriften, die die Baupreise in die Höhe treiben
- Planungsvorschriften, die nicht beschleunigen sondern bremsen
- Die Gemeinnützigkeit wurde abgeschafft
- Der soziale Wohnungsbau wurde eingestellt und das Personal in den Verwaltungen abgebaut

In den letzten Tagen, Wochen ist wieder ein Aktionismus im Gange

Wahlen stehen an:

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten besonders gründlich hinhören:

Mietenobergrenze für ganz Berlin oder nur für Teile in Berlin? Ist das gesetzlich machbar? SPD sagt ja, die Senatsverwaltung von Frau Lompscher will genau prüfen und die Grünen?

„**Die Mietpreisbremse ist ja ganz toll wirksam**“ meint Frau Barley, unsere Justizministerin und will sie bis 2025 verlängern. Immerhin! Belastbare Ergebnisse liegen allerdings nicht vor. Pressemeldungen sprechen von ca. 90 Gerichtsentscheidungen seit der Einführung. Drei Viertel mit Erfolg. Jedoch in Berlin wirkt sie so gut wie gar nicht. Wer klagt schon, wenn er eine Wohnung braucht und auch Geld hat. Und es gibt zu viele Ausnahmetatbestände. Ein undurchsichtiges Gesetz für Vermieter als auch Mieter.

Die Linke kommt mit der Initiative „ Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ daher.

Für die Deutsche Wohnen, die sich die Hände reibt über die hohe Rendite, die sie mit den Entschädigungszahlungen für die preiswert gekauften Wohnungen bekommt, ein lohnendes Geschäft.

Dadurch werden wir aber keine zusätzliche Wohnung mehr haben.

Sie werden teuer zurückgekauft und die unterlassene Sanierung wird weitere Unsummen verschlingen. Ob das so toll ist?

Und der Präsident des Verbandes der Wohnungswirtschaft fordert ein

Baubeschleunigungsgesetz. Wenn es um den sozialen Wohnungsbau geht dann wäre das ein guter Ansatz.

Und was fehlt ist ein Stadtentwicklungskonzept. Visionen, wie die Stadt 2040, 2050 aussehen soll, ein Konzept für die wachsende Stadt.

Berlin soll seine soziale Mischung durch eine kluge Politik behalten, in allen Stadtbezirken. Berlin ist eine schöne Stadt mit einer lebendigen Mischung an Menschen, an Kultur, an Vielfalt in allen Lebensbereichen.

Erhalten wir uns das, was Berlin so liebens- und lebenswert macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ihr habt ganz viele Fragen eingereicht.

Unser Moderator Andreas Splanemann wird sie an unsere Gäste weiter geben.
Am Ende unserer Veranstaltung stimmen wir wieder mit den roten und grünen Klarten ab.

Grün, die Politik ist auf einem guten Weg.
Rot dafür, dass die Aktivitäten noch nicht reichen.

Ich wünsche uns eine informative Veranstaltung.

Andreas, du hast das Wort.

Ingeborg Gotthold am 29.Januar 2019